

(Abgeordneter Schwager.)

(A) Gedanke ist nur durch Herrn Barth in das Wendenvolt hineingetragen worden.

(Sehr richtig!)

Daß die ganze Bewegung ihren Ursprung in Prag und Paris hat, steht nach den verschiedenen Zeitungsberichten außer Frage. Da erfordert die Wendenbewegung die ernsteste Beachtung aller, und ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Kollegen Lipinski, daß man so darüber hinwegsehen soll. Es ist notwendig, dieser Bewegung die größte Beachtung zu schenken. Im übrigen ist die ganze Bewegung eine geschichtliche Verirrung, —

(Sehr richtig!)

denn auch geschichtlich haben die Bestrebungen absolut keine Berechtigung.

Die Wenden stützen sich auf die Geschichte von 1385 bis 1866. Aber wie steht die ganze Sache? Das früher bestandene Lehnverhältnis der Lausitz zu Böhmen ist aufgehoben worden. 1831 erhielt das Königreich Sachsen eine Verfassung und wurde für einen unter einer Verfassung vereinigten Staat erklärt. Dadurch war die Personalunion zwischen der Lausitz und Sachsen aufgehoben. Die Lausitz erhielt trotz der Einverleibung noch ihre besondere Verfassung und besondere Rechte. Sie war nur kein souveränes Markgrafentum mehr. Das Auslandsverhältnis zu den Erblanden war erloschen, und damit war der Anspruch Böhmens auf die Lausitz auch vernichtet.

Ich könnte noch weitere geschichtliche Tatsachen anführen, z. B. die, daß durch die Gründung des norddeutschen Bundes endgültig Wandel geschafft wurde. Damit könnte ich den Beweis erbringen, wie unberechtigt die Forderungen sind, wenn von tschechischer Seite verlangt wird, einen selbständigen Lausitzer Wendenstaat, die Ober- und Niederlausitz zusammenfassend, anzuerkennen.

Wenn nun über diese Gerüchte von einem bevorstehenden Tschecheneinfall in Schlesien und Sachsen von offizieller Seite in Prag erklärt wird, daß alle diese Nachrichten ihrer Grundlage entbehren, so steht doch fest, daß die Tschechen bereits unseren jungen Freistaat Sachsen bedrohen.

(Zurufe bei den Unabhängigen: Wo denn?)

Unmittelbar an der Grenze unseres Heimatlandes haben sich größere Truppenmassen zusammengezogen.

(Zurufe bei den Unabhängigen: Wo denn?)

Von Gablonz bis an die Grenze in Ullersdorf sind (C) Truppenmassen zusammengezogen.

(Zurufe: Die Arbeiter wissen nichts davon!)

Die Arbeiter werden wohl davon wissen. Sie haben 7 Tage ihre Heimat nicht besuchen dürfen infolge der Grenzsperr.

Meine Damen und Herren! Es hat mich besonders befriedigt, daß man vom Regierungstische aus die Zusage gemacht hat, stets ein wachsames Auge zu haben auf die ernste Lage. Ich bitte die Regierung, ihr Augenmerk darauf nicht zu verlieren und die Bevölkerung immer zu unterrichten, damit Beruhigung eintritt.

(Bravo!)

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schembor.

**Abgeordneter Schembor:** Meine Damen und Herren! Es ist also die Frage zu untersuchen, ob die Gefahr einer Überraschung durch die Tschechen besteht. Besteht sie, dann hat die Regierung zweifellos die Pflicht, ihr zu begegnen, und die Regierung kann sich nicht in Sorglosigkeit einlassen. Es hat keinen Zweck, wenn man vor einer Gefahr, die schließlich doch sehr wahrscheinlich ist, die Augen verbindet, (D)

(Zuruf: Wahrscheinlich! und Sachen bei den Unabhängigen.)

wie das manche geüffentlich tun: Unsere junge Republik braucht Sicherheit an den Grenzen, wie sie Sicherheit und Ordnung im Innern braucht,

(Sehr richtig! rechts.)

um überhaupt lebensfähig zu sein, als Staat lebensfähig bestehen zu können. Solange die Regierung nicht die Möglichkeit hat, eine andere, eine bessere Gewähr gegen eine tschechische Grenzüberschreitung zu erreichen, so lange wird sie leider das alte Mittel der militärischen Sicherung nicht aufgeben können. Das möchte ich hier im Auftrage der sozialdemokratischen Partei erklären, und wir werden deshalb nicht umhin können, den Antrag mit zu unterstützen, obwohl der Punkt 2 mir etwas sehr scharf ausgedrückt erscheint.

Ich möchte aber zu der Frage doch weiter sagen, daß das Verhältnis zum tschechischen Staate wohl etwas anders ist als unser Verhältnis zu Rußland und zu Polen und daß es doch vielleicht die Möglichkeit gibt, auch noch einen anderen Weg zu finden, um Ruhe und Gewißheit an unseren Grenzen zu erlangen, neben der zunächst notwendigen militärischen Sicherung. Die mili-